

(Staatsminister Dr. Graf Bihthum v. Gäßtadt.)

- (A) wenn die Atmosphäre, die wir doch für ein gedeihliches Zusammenarbeiten brauchen, durch solche Angriffe belastet würde.

Meine Herren! Ich mache nun einen erneuten Versuch zu einer Verständigung, indem ich sage: Ich kenne Herrn Abgeordneten Mißschke; ich weiß, daß er bereit ist, sachlich mitzuarbeiten, ich weiß, daß er uns wiederholt bei wichtigen Vorlagen geholfen und mit der Regierung sachlich gearbeitet hat. Ich darf und will daher annehmen, daß auch in diesem Falle dieser heftige Angriff mehr die Folge seines Temperamentes ist,

(Zuruf in der Mitte.)

als die Absicht der Ablehnung, sich mit der Regierung zu verständigen.

Freilich wirkt ein solcher Angriff, wie wir gesehen haben, ansteckend; der Herr Vizepräsident Fräßdorf, der ja in der gestrigen Sitzung sich vielleicht nicht gerade als Kenner der vaterländischen Geschichte, aber als höfischer Berichterstatter bewährt hat, hat, durch das Vorgehen seines Vorredners veranlaßt, geglaubt, mit noch größerer Wucht in dieselbe Kerbe hauen zu sollen.

(Zurufe in der Mitte: Bis jetzt sind sie immer selbständig gewesen!)

- (B) Auch hat er von Brüskierung gesprochen und hat sogar die Abschiedsworte, die ich in der Schlusssitzung an das Haus gerichtet habe, zitiert und nach berühmtem Muster, d. h. nach dem Muster der Entente, auf diese Annäherungsversuche nur Spott und Hohn gehabt. Er hat die Thronrede behandelt und hat aus der Thronrede eine Herausforderung der Sozialdemokratie entnommen, weil die Thronrede nichts über die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts enthält. Meine Herren! Daß die Regierung eine solche Vorlage nicht bringen würde, war ja schon daraus zu entnehmen, daß die Mehrheit dieses Hauses einem solchen Antrage ablehnend gegenübersteht,

(Vizepräsident Fräßdorf: Gar kein Grund!)

wie aus der Abstimmung hervorgeht, die der Verfassungsausschuß dieses Hauses über den Antrag Castan im vorigen Jahre vorgenommen hat.

(Vizepräsident Fräßdorf: Ist in Preußen auch so!)

Trotzdem, meine Herren, verstehe ich bis zu einem gewissen Grade die Erregung des sozialdemokratischen Parteiführers. Für die Sozialdemokratie ist die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts nun einmal einer der wichtigsten Programmpunkte, den sie mit einer Entschiedenheit ver-

tritt, die ich ihr nicht verdenken will. Immerhin sollte doch auch diese Partei versuchen, den Standpunkt der Regierung zu verstehen. Ich vermisse darin eine Taktik, die die Sozialdemokratie in auswärtigen Fragen einschlägt. In den Fragen der auswärtigen Politik richten die sozialdemokratischen Blätter an uns die Mahnung, nicht zu viel zu verlangen; man solle sich in die Seele auch des geschlagenen Gegners hinein versetzen, man solle eine Verständigung versuchen, um neuen Streit und Rachsucht zu vermeiden. Der Regierung gegenüber erlaubt man sich freilich ganz andere Töne. Da steht man auf dem Standpunkt: Die Regierung braucht uns, die Regierung braucht unsere Mitglieder zur Herstellung von Munition, wir haben — so sagt der Herr Abgeordnete Scheidemann — die Macht und wir dürfen die Gelegenheit nicht verpassen, der Regierung unseren Willen aufzuzwingen.

(Sehr gut! rechts.)

So wird in der Presse mit allerlei Drohungen ein Druck auf die Regierung ausgeübt.

(Hört, hört! rechts.)

Ich erkenne an, daß der Herr Vizepräsident Fräßdorf bei seinen gestrigen Ausführungen derartige Drohungen unterlassen hat. Aber wenn er trotzdem bei der Begründung seiner Wünsche doch sehr hohe Töne angeschlagen hat und von dem Rechte, das mit uns geboren ist, sprach, so muß ich dem widersprechen. Das Wahlrecht ist kein angeborenes Recht, das Wahlrecht ist insonderheit kein persönliches Recht.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sondern ein Menschenrecht!)

Es ist kein Menschenrecht, es ist ein Recht, das der Staat nach allgemeiner Zweckmäßigkeit und Billigkeit ordnet, und der Zweck jedes gerechten Wahlrechtes ist es, alle Schichten des Volkes teilnehmen zu lassen an der Gesetzgebung und dadurch teilnehmen zu lassen an der Verantwortung für die Geschicke des Staates. Ein Wahlrecht, das ausschließlich den breiten Massen und ihrer Mehrheit die Entscheidung im Staate überlassen wollte und das die Schichten des gebildeten Bürgerstandes, des Bauernstandes, des Handwerkerstandes der Stimmenmehrheit der Massen ausliefern wollte, wäre ungerecht und unbillig.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Wahlrecht muß daher in jedem Staate anders geordnet sein

(Sehr richtig! rechts.)

und nach seinen besonderen Verhältnissen.

(Sehr gut! rechts.)